Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 6

Artikel: Der SPS-Parteivorstand diskutierte im Mai : Gedanken wider das Formtief : ein Schwerpunktpapier als kurzfristige Standortbestimmung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339870

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gedanken wider das Formtief

Ein Schwerpunktpapier als kurzfristige Standortbestimmung

Der Parteivorstand der SPS will das Formtief, in dem sich die Partei (angeblich) befindet überwinden. Dafür hat er eine Standortbestimmung ausgearbeitet, die jetzt in den Sektionen, den Kantonalparteien und von den Mandatären jeder Stufe diskutiert werden soll. Der Parteivorstand fordert alle auf, auf die Vorschläge einzugehen, sie zu diskutieren, darüber zu berichten und mitzuhelfen, sie zu verbessern. Die Standortbestimmungen und, was nach gewalteter Diskussion, daraus wird, soll für die nächste Zukunft, also die nächsten beiden Jahre Gültigkeit haben. Das Arbeitspapier soll auf diese eigentliche Aufgabenstellung zurückführen: Mehr Politik und weniger eigene Empfindlichkeit.

1. Historischer Auftrag

In diesem Jahrhundert haben SPS und SGB die entscheidenden sozialen Impulse ausgelöst. Die Wandlung ist verblüffend: Aus dem Proletarier von einst wurde der «Mitarbeiter» von heute. Das 9-Punkteprogramm des Generalstreikkomitees von 1918 wurde vom Bürgertum als revolutionär mit Armeeaufgebot bekämpft. Zu den Forderungen gehörten u.a.: Proporzwahlrecht, 8-Stundentag, Frauenstimmrecht, AHV. Sie sind inzwischen politisches Allgemeingut geworden.

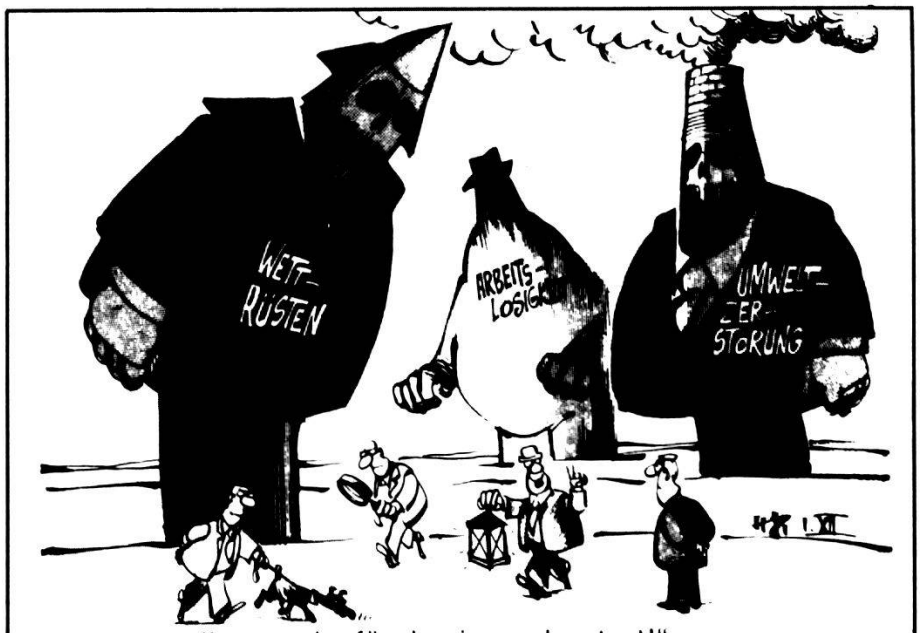
In den dreissiger Jahren erlebte die Schweiz die grösste Wirtschaftskrise. Der bürgerliche Bundesrat reagierte mit Abbaupolitik. Die soziale Not verschärfte sich. Die demokratische Linke lancierte die sogenannte «Kriseninitiative», die eine Alternative zur Bekämpfung der schweren Arbeitslosigkeit darstellte. Das Bürgertum bekämpfte sie mit allen Mitteln. Später, in den Wirtschaftsartikeln von 1946, wurden massgebliche Punkte der Kriseninitiative aufgenommen und stehen heute in der Bundesverfassung.

Utopien von gestern sind die Realitäten von heute. Was immer die SPS an grundlegenden Neuerungen einbrachte, stiess bei der politischen Rechten zuerst auf entschiedene Ablehnung. Selten gelang der SPS ein Durchbruch im ersten Anlauf. Aber die Jahrhundertbilanz der SPS darf sich sehen lassen. Materielle Forderungen sind in einem Ausmass verwirklicht worden, von denen frühere Generationen lediglich zu träumen wagten. Der Weg führte über «siegreiche Niederlagen» der Linken oder über «erfolgreiche Rückzüge» der Bürgerlichen.

2. Durchbruch und Einbruch

Im zerstörten Nachkriegseuropa nahm die intakt gebleibene Schweizer Wirtschaft ihre Chance wahr. Von 1950 bis Mitte der siebziger Jahre herrschte Hochkonjunktur. Der Wirtschaftskuchen nahm jedes Jahr zu. SPS und SGB sorgten dafür, dass die Arbeitnehmer vom grösser gewordenen Ertrag mitprofitierten. Die Löhne stiegen und die sozialen Auffangnetze wurden stärker. Der grösste Sozialerfolg bleibt die Schaffung sowie der unter SP-Bundesrat H.P. Tschudi erfolgte Ausbau der AHV/IV. Deshalb «geht es uns», wie man zu sagen pflegt, materiell gut.

Wirtschaftskrisen schienen endgültig der Vergangenheit anzugehören. Die Wirtschaft registrierte Jahr für Jahr neue Um-



„Wir suchen die ursache für den jugendprotest!"

„tz", München, zeichnung: Haitzinger

satzrekorde. Das Wirtschaftswachstum kenne, wurde offiziell verkündet, keine Grenzen. Die Ernüchterung folgte 1975/76. Der sogenannte Erdölschock signalisierte das Ende einer ungehemmten Wirtschaftsentwicklung. Die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen, vom teurer gewordenen Erdöl vor allem, zerstörte die Illusionen des ewigen Wohlstandes. Die Krise 1975/76 vernichtete in der Schweiz 300 000, d.h. 11 Prozent aller Arbeitsplätze. Kein anderes Land in Westeuropa verzeichnete gemäss OECD-Statistik einen derart harten Wirtschaftseinbruch wie die Schweiz. Aber auch kein anderes Land konnte die Arbeitslosigkeit statistisch wegzaubern wie die Schweiz: 250 000 Fremdarbeiter wurden heimgeschickt, die Arbeitslosigkeit ist weitgehend exportiert worden, die Arbeitslosenstatistik blieb «sauber».
Das Wirtschafts- und Sozialklima ist seither kälter geworden. Die Krise von 1975/76 stoppte das rasante Wirtschaftswachstum nicht nur in der Schweiz, sondern in allen modernen Industrieländern. Und mit an Sicherheitgrenzender Wahrscheinlichkeit wird nichts mehr wie es war. Eine konservative Welle mit Margret Thatcher und Ronald Reagan an der Spitze proklamiert die Wende in der Wirtschaftspolitik auch als Ende der bisherigen Sozialpolitik. Sozialabbau heisst die Devise der Neo-Konservativen. In der Schweiz propagierte die FDP 1975 den «Marschhalt in der Sozialpolitik». Vier Jahre später wurde daraus «weniger (Sozial)Staat», was nichts anderes bedeutet als «vorwärts Kameraden, wir müssen zurück». Die an das Wirtschaftswachstum gekoppelte Sozialpolitik soll gebremst und sogar zurückbuchstabiert werden. Damit ist der Verteilungskampf zwischen «unten und oben» härter geworden. Erreichtes muss verteidigt werden, scheinbar Selbstverständliches ist nicht mehr selbstverständlich.

3. Zwischenbilanz

Die allgemeine materielle und soziale Besserstellung in den Nachkriegsjahren brachte politische Beruhigung. Die Konzentration von Besitz und Vermögen ging aber weiter. Weil die Unteren zufrieden waren, kassierten die Oberen noch mehr.
Das Wirtschaftswachstum ermöglichte nicht nur höhere Löhne und Renten, moderne Wohnungen und Medizin, Motorisierung und Tourismus, Konsumkomfort und Zweitwohnung, ein «besseres leben» also, sondern brachte auch Umweltzerstörung, verschmutze Gewässer und Luft, kaputte Natur und Grosstechnologie, Raubbau auf der ganzen Linie und eine vielfältige Verschwendung von Ressourcen aller Art. Was nützt, stellt sich heute die Frage, Fortschritt, wenn er zerstört?
Zur unbestrittenen Philosophie der SPS gehörte die Bejahung des sozialen und technischen Fortschritts. Dieser Fortschritt ermöglichte die Befreiung der breiten Massen aus ihrer früheren Misere. Relativ neu ist die Erkenntnis, dass das mit dem technischen Fortschritt verbundene Wirtschaftswachstum nicht nur Wohltat ist, sondern auch Plage wird.
Die Frage ist gestellt: wie soll es in Zukunft weitergehen? Gleich wie in den letzten 30 Jahren oder wie?

4. Zukunft — ein oder kein Thema der Politik?

Die Gesellschaft ist fragiler, Politik komplexer und Lösungen sind schwieriger geworden. Ein Teil der Jugend rebelliert. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger schreiten zur politischen Selbsthilfe, gründen Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Bewegungen, engagieren sich in der Friedensbewegung und steigen aus der offiziellen Politik aus. Die Hälfte der Stimmberechtigten macht bei Abstimmungen und Wahlen nicht mehr mit, bei den Arbeitern sind es sogar 75 Prozent. Die Krise der Politik und der politischen Parteien ist evident. Dabei nehmen die ungelösten Probleme zu: Drogensucht, Wohnungs- und Mietzinsnot, Vereinsamung, Gegensätze zwischen den Generationen, Bodenspekulation, Gefahr der technologischen Arbeitslosigkeit durch Mikroprozessoren, Industrieroboter, Computer und Schreibautomaten, Überwachungsstaat, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und ganzer Berufsbranchen u.a.m.
Die soziale Unsicherheit und die weltweite Zerstörungsgefahr durch Atombomben schaffen Zukunftsangst. Die bange Frage, was uns morgen erwartet, entlockt vielen nicht mehr die optimistische Anwort: ein schöneres und freieres Leben. Der Glaube, dass dem so sein wird, fehlt vielfach oder wird durch Zweifel ersetzt. Zwar stimmt es, dass die Schweiz zumindest wirtschaftlich im Vergleich zu den meisten anderen Staaten verhältnismässig gut dasteht. Nur, die vielen Millionen Arbeitslosen in Westeuropa und in den USA, der Wirtschaftskollaps in Osteuropa und das irrsinnige Wettrüsten der Grossmächte sind Bedrohungen die, so sagen sich viele von uns, früher oder später auch unser Land touchieren werden. Sind wir darauf vorbereitet, sind wir als Nation fähig oder willens, gemeinschaftliche Lösungen ohne einseitige Benachteiligung der schon Schwächeren zu finden? Auch diese Frage ist gestellt.
Die Probleme unserer Gesellschaft sind auch die Probleme der SPS. Diese Partei nimmt zudem eine Sonderstellung ein.

Als grösste Linkspartei stellt sie im bürgerlichen Mehrheitssystem eine Minderheit dar. Sie ist in der «Schweiz AG Minderheitsaktionär». Während die bürgerlichen Mehrheitsparteien primär ihre Machtposition erhalten oder gar festigen wollen und grosso modo mit dem Ist-Zustand zufrieden sind, versucht die SPS stärker als ihre politischen Konkurrenten Bestehendes zu verbessern oder zu verändern. Die bürgerlichen Parteien reagieren auf den Begriff Systemveränderung polemisch, sind aber einverstanden, wenn die Systemveränderung — die sie als Anpassung bezeichnen — über die Technik und Wirtschaft erfolgt. Atomkraftwerke, Betriebsschliessungen und -verlegungen ins Ausland, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Berufen durch technische Rationalisierung und vieles mehr sind nicht anderes als eine permanente Veränderung unseres Systems. Dass die 15 grössten Konzerne der Schweiz im Inland 150 000 und im Ausland 450 000 Arbeitsplätze unterhalten; dass die grösste «schweizerische» Uhrenfabrik in Hongkong und nicht mehr im Jura steht; dass die Saurer AG deutsch und die Isola AG amerikanisch geworden sind, das alles sind Systemveränderungen. Statt eigene Mitbestimmung haben wir zunehmende Fremdbestimmung. Firestone AG oder Bulova AG sind geschlossen worden, weil Konzernleitungen im fernen Amerika gefunden haben, sie würden nicht mehr rentieren. Das Schicksal der betroffenen Arbeitnehmer kümmerte sie nicht.

Gegen diese Art von Überfremdung und Verunsicherung müssen vor allem SPS und SGB antreten. Notabene in einem Staat, der die Wirtschaftspolitik zu einem guten Teil an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins abgetreten hat, der erklärt, Wirtschaftpolitik gehöre in die Dunkelkammer der Wirtschaftslobbys und nicht in die Volkskammer. Unsere Spiesse, das ist das Fazit, sind kürzer. Unsere Stärke ist die Solidarität. Auf die Politik übertragen: Stimmen sind das Kleingeld der Demokratie. Nur mehr Stimmen helfen, damit wir Hilfe leisten können. Nur gewerkschaftliche Kampfbereitschaft hilft, damit die Gewerkschaften helfen können.

Ein prominenter Zeitgenosse erklärte, «dass die Zukunft bisher kein Thema unserer Politik ist». Diese Bemerkung trifft, das zu unterstreichen ist nicht überheblich, nicht auf die SPS zu. Weil wir um neue Anworten auf neue Fragen ringen, haben und machen wir es uns schwer. Schwerer jedenfalls als die bürgerlichen Mehrheitsparteien.

5. Was ist zu tun?

Das Suchen nach Antworten geschieht nicht auf der Einbahnstrasse zur ewigen Harmonie. Es gibt auch kein Buch mit Patentrezepten. Das Suchen führt über Diskussionen, Kontroversen, aus denen Konflikte entstehen. Der Vesuch, diesen Entwicklungsprozess mit den gängigen Begriffen als Richtungskämpfe zwischen dem linken und rechten Parteiflügel, zwischen den Intellektuellen und den Arbeitern zu definieren und daraus ein Bild der «Zerstrittenheit» statt der «Geschlossenheit» zu malen, ist als Analyse untauglich. Natürlich besteht die SPS aus Flügeln oder Meinungsgruppen oder Tendenzen. Sie ist ja keine politische Sekte. Und ebenso natürlich treten diese Meinungsgruppen mit zum Teil unterschiedlichen Auffassungen zum innerparteilichen Dialog an. Während bürgerliche Parteien ihre parteiinternen Differenzen wenn immer möglich unter Ausschluss der Öffentlichkeit austragen, ist bei uns die Lust an öffentlicher Selbstdarstellung eher übertrieben. Damit haben wir Wählerinnen und Wähler und zum Teil eigene Meinungsträger zweifellos verunsichert. Die Frage, was will die SPS eigentlich, ist dann die logische Reaktion.

Die bürgerliche Anteilnahme am «Schicksal» der SPS ist von auffallender Intensität. Sogenannt besorgte Ratgeber aus diesem Lager teilen uns in «gute» und «böse» Sozialdemokraten ein und werden nicht müde, die «bösen» als Linksextremisten zu disqualifizieren. FDP-Nationalrat de Capitani, ein Rechtsfreisinniger, schlägt als Therapie vor, die Linken aus der Partei auszuschliessen, dann werde alles, alles wieder gut. Umgekehrt fehlt es auch nicht an «guten» Ratschlägen, doch den rechten Flügel abzubauen, um dann Ruhe und Ordnung in der Partei zu haben. Die Bürgerlichen haben über exponierte Sozialdemokraten immer Feindbilder gehandelt. Als Walther Bringolf, Hans Oprecht, Fritz Grütter oder Arthur Schmid SPS-Präsidenten waren, lagen sie von rechts dauernd unter Beschuss. Ruhe gab es erst nach ihrem Rücktritt. Alt Bunderat Professor Max Weber trat 1953 als Bundesrat deshalb zurück, weil ihn die Bürgerlichen bis aufs Blut plagten. Nach seinem Tod hiess es in den konservativen — damals nocht erschienenen — «Basler Nachrichten», «Professor Max Weber ist der beste Finanzminister der Schweiz seit Kriegsende gewesen».

Unser Problem von heute ist nicht, dass wir zu links oder zu grün oder zu rechts oder zu wenig Mitte sind, unser Problem ist, dass wir uns allzu oft von diesen Tendenzen hin- und herbeuteln lassen. Wir müssen nicht nur Zeittendenzen analysieren und hinter Ereignissen herlaufen. Unser Ziel muss

sein, Zeittendenzen zu bestimmen.
Eine Partei lebt nicht nur von Kontroversen, vom gegenseitigen Meinungsaus- und Schlagabtausch, sie braucht vor allem Handlungsfähigkeit. Die Identität der Partei ist dann gefährtet, wenn sich Mandatäre oder Meinungsgruppen verselbständigen und sozusagen als Partei in der Partei installieren. Sozialismus ist nich Haarspalterei. Toleranz ist kein Luxus. Respekt vor Andersdenkenden ist nicht Schwäche. Die Meinungsvielfalt darf nicht die Einheit in Frage stellen. Demokratie bedeutet Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse, aber auch Platz für die Minderheit. Mit Willy Brandt müssen ebenfalls wir festhalten, «wer eigene Vereine gründen will, muss gehen oder wird gegangen». Die Toleranz findet dort ihre Grenzen, wo die Partei sich aufgeben müsste. Diese Partei ist derart offen und hat eine derart reiche freiheitliche Geschichte, dass für alle Platz genug vorhanden ist, die für die Ideen und die Ziele des demokratischen Sozialismus einstehen wollen.
Eine Partei braucht Vertrauen, um glaubwürdig zu sein. Die Linken und Rechten, die Pragmatiker und Programmatiker, die Radikalen und Gemässigten sind aufeinander angewiesen. Die SPS braucht alle ihre Qualitäten, aber sie braucht nicht die Absoluten, die meinen, allein über die einzig richtigen Lösungen zu verfügen. Politik ist keine Glaubenslehre, keine dogmatische Kunst des Alleinrechthabens, Politik ist der Versuch, das Unmögliche möglich zu machen oder wenigsten das Notwendige zu tun. Die Verhärtung der parteiinternen Fronten tritt dann ein, wenn Rechthaberei die Diskussion verdrängt. Nötig sind nicht politische Schützengräben, sondern freie Menschen, die das freie Wort dazu benützen, sich als Sozialdemokraten zu erinnern, weshalb sie in diese Partei eingetreten sind: um gemeinsam etwas mehr Gerechtigkeit in diese Gesellschaft einzubringen. In dieser Partei wollen wir uns heimisch fühlen, wollen Freundschaft pflegen, weil wir wissen, dass wir einander brauchen.
Wenn wir festhalten, diese Partei sei offen, dann bedeutet das, den «andern» zu akzeptieren. Zu akzeptieren, dass jeder Mensch seine eigene Herkunft, Vergangenheit und Erfahrung mitbringt, dass wir ungleich sind, die einen stürmisch, dynamisch, die andern bedächtig und pragmatisch. Grosse Gedankensprünge machen kleine politische Schritte nicht überflüssig. In der Politik brauchen wir beides, grosse und kleine Schritte: Zukunftsperspektiven darüber, was in fünf bis zehn Jahren sein könnte und Politik als die Kunst, das Notwendige heute und nicht erst übermorgen möglich zu machen.
Es wäre verheerend, wenn wir vergessen würden, dass man komplizierte Kontroversen nur durch komplizierte Kompromisse auflösen kann. Die modische Lust, den Knoten zu durchhauen, statt ihn aufzulösen, die sowohl bei den Neu-Konservativen wie auch in der neuen Jugendkultur hochkommt, darf nicht auch noch die Sozialdemokratie ergreifen. Unser Volk darf nicht unter die Fuchtel derer geraten, die ihm heute die neu-konservativen Gewaltkuren als Heilmittel anpreisen. Sie haben in anderen Ländern breite Arbeitnehmerschichten in neue Armut gestürzt. Verständigungsfähigkeit ist nicht Opportunismus, sogenannt einfache Lösungen gibt es kaum, wir Sozialdemokraten lassen uns auf das Konkrete ein, behalten die Vision, werden uns aber jedem Abweg in den Irrationalismus entgegenstellen.
Eine konstruktive SP-Politik erfordert das optimale Zusammenspiel zwischen Sache und Person, zuwischen Partei und ihren «Hauptdarstellern», zwischen Basis und Beauftragten. Mehrheitsbeschlüsse gelten. Die Lust, sich öffentlich gegen die eigene Partei zu profilieren und den Beifall von der falschen Seite zu holen, ist kein Beitrag zur Verständigung. Weniger ist in jedem Falle mehr.

6. Wählerauftrag

Die SPS ist kein Selbstzweck. Die Partei hat einen politischen Auftrag. Darauf gilt es sich zu konzentrieren. Politik ist gefragt, nicht Streitgespräche als Profilierungsversuch, nicht persönliche Ambitionen, die dann als Ideologie verkauft werden, sondern politische Mitarbeit.

6.1. Sicherheit für Mensch und Umwelt

Soziale Sicherheit bleibt vorrangig. Das Getue, die Schweiz könne sich die bisherige Sozialpolitik nicht mehr leisten, bringt Politik in Verruf. In einem Land, dessen Grossbanken jedes Jahr neue Rekordgewinne melden, das für die Bodenspekulation Milliarden bezahlt und erst noch eine gigantische Steuerhinterziehung vieler Höchstverdiener zulässt, wirkt das eidgenössische Gejammer über eine angeblich zu aufwendige Sozialpolitik geradezu gespenstisch.
Zu prüfen ist, ob die Finanzierung der Sozialpolitik nicht geändert werden muss: kapitalreiche Dienstleistungsbetriebe bezahlen mehr als personalintensive Produktionsbetriebe oder Kleinunternehmungen bezw. -gewerbe. Abzuklären ist, ob die unter bürgerlichem Druck eingesparten 500 bis 600 Millionen Franken Bundesbeiträge für die Krankenkassen nicht durch Arbeitgeberbeiträge auszugleichen sind, um vor allem die Familien zu entlasten bezw.

nicht ständig mehr zu belasten. Soziale Sicherheit muss auf der ganzen Linie gross geschrieben werden.
Ökonomie geht nicht mehr ohne Ökologie, d.h. es darf nicht ohne Rücksichtsnahme auf die Umwelt «drauflos» gewirtschaftet werden. Gute AHV-Renten, Sicherheit bei Krankheit und Unfall, rechter Verdienst sind von existenzieller Bedeutung. Der Mensch ist nur frei, wenn er materielle Sicherheit hat. Aber diese wird gefährdet, wenn Umwelt, Gewässer, Luft und Natur misshandelt, ausgebeutet und geschädigt werden. Für die soziale Sicherheit ist die Lebensqualität lebenswichtig.
Scheinbar befürworten alle Parteien und Politiker den Umweltschutz. Aber bei der Beratung des Umweltschutzgesetzes in der Märzsession 1982 des Nationalrates setzte sich von den Bundesratsparteien nur die SP-Fraktion konsequent und nicht nur mit schönen Worten, sondern mit konkreten Vorschlägen, für einen wirksamen Umweltschutz ein. Die meisten bürgerlichen Vertreter blieben auf dem halben Weg stehen und behaupteten, die Wirtschaft könne «zuviel» Umweltschutz nicht verkraften. Im «Harvard-Magazin», Nummer 2/82, ein hundertprozentiges Wirtschaftsmagazin, wird nachgewiesen, dass Umweltschutz, Energiesparen und Wiederverwertung von Abfällen für das Unternehmen und die Gesamtwirtschaft «rentieren»: «Schätzungen zufolge haben die in den USA erlassenen Umweltschutzbestimmungen den Konsumentenindex (nur) um 0,1 Prozent erhöht, die Arbeitslosigkeit um 0,4 Prozent gesenkt und das Bruttosozialprodukt um 9,3 Milliarden Dollar gesteigert». Und das bei noch wenig Umweltschutzmassnahmen!
In der Schweiz aber wird sogar bei elementaren Bedürfnissen gespart. Der Direktor des Bundesamtes für Umweltschutz beklagte, dass ihm 1982 etwa 200 000 Franken fehlen, um Forschungsprogramme für das Trinkwasser — dessen Qualität tendenziell schlechter werde — zu finanzieren. Der Eidg. Oberförster brauchte ein paar Millionen mehr, um die Gebirgswälder vor der zunehmenden Bedrohung durch den «sauren Regen» besser schützen zu können. Es fehlt auch der Betriebskredit, um das gebaute Seenforschungslaboratorium voll zu betreiben, obschon unsere Seen zunehmend zu ersticken drohen.
Gegen diese lebensfeindliche Politik müssen wir antreten.

6.2 Sicherheit der Arbeitsplätze
Noch geht «es uns» gut, noch haben andere Länder Millionen Arbeitslose. Aber die technologische Revolution macht vor unseren Grenzen nicht halt. Im neuesten Bericht des «Club of Rome» wird dargelegt, dass bis zum Jahr 2000 jeder dritte Arbeitsplatz wegrationalisert werden kann. Mikorprozessoren, Computer, Schreibautomaten ersetzen Menschen, vernichten Arbeitsplätze. Die Arbeit muss, wenn dadurch Arbeitslosigkeit entsteht, auf alle verteilt werden. Die Vollbeschäftigung ist die humane Aufgabe der Gesellschaft Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitlösungen, flexible Altersgrenze, mehr Ferien, Umschulungen u.a.m. dürfen in der Schweiz, die noch immer die längsten Arbeitszeiten in Westeuropa hat, nicht einfach tabu bleiben. Es ist zum Beispiel wissenschaftlich-ökonomisch nachgewiesen, dass ein umfassendes Energiesparprogramm weitaus mehr Arbeitsplätze schafft und weitaus länger Beschäftigung garantiert, als der Bau weiterer Atomkraftwerke. Arbeitsplatzsicherheit und Humanisierung der Arbeit ist das erste Gebot.

6.3 Sicherheit durch Frieden
Die weltweite Zerstörungsgefahr durch das irrsinnige Nuklearwettrüsten der Grossmächte gefährdet unsere ganze Zukunft. Nun kann die kleine Schweiz in der Welt nicht das grosse Wort führen. Aber sie ist mit ihrer Neutralität geradezu aufgerufen, Initiativen zu ergreifen oder zu unterstützen, ihre Vermittlerdienste anzubieten, den Geist des Internationalen Roten Kreuzes, dessen Sitz in Genf ist, zu mobilisieren, um dem zerstörerischen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Die Friedensmarschierer zu diffamieren, wie das EMD-Vorsteher Chevallaz und EMD-Generäle getan haben, ist die falsche Antwort. In Holland dürfen sogar Generäle in der Friedensbewegung mitmachen, in der Schweiz käme ein Rekrut, der in Uniform an einem Friedensmarsch teilnähme, vor Militärgericht. Die Bewegung «Stoppt die Atomrüstung», die in den USA von Edward Kennedy und von Mark Hatfield angeführt und von vielen Prominenten, 30 Bischöfen und Hunderten von Ärzten sowie Wissenschaftern unterstützt wird, ist auch unsere Chance. Die SPS zählt sich zur Friedensbewegung.

6.4. Sicherheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft
Die da scheinbar «weniger Staat» propagieren, wollen mehr Ordnungs- und Überwachungsstaat. Schon werden Journalisten und Fernsehmitarbeiter, die sich am Tatort informierten, wegen «Landfriedensbruchs» vor Gericht gestellt. Unbequeme Lehrer werden entlassen. Kritische Arbeitnehmer, die ihre Rechte verteidigen, riskieren ihre Stelle. Mieter haben Angst, sich zu wehren. Jugendliche Täter werden härter bestraft als Wirtschaftskriminelle. Gegen diese Tendenzen müssen wir ankämpfen, nicht gegen uns selber. Die Freiheitsrechte des

einzelnen sind hochzuhalten, nicht parteiinterne Intoleranz.
Die gigantische Steuerhinterziehung bewirkt, dass die einen Steuern bezahlen müssen — 85 Prozent versteuern mit dem Lohnausweis — und die andern sich zum Teil davon dispensieren können. Mit der Bankeninitiative will die SPS erreichen, dass sich die ehrlichen Steuerzahler nicht als die Dummen vorkommen müssen.
Zu einer gerechten Gesellschaft gehören gleiche Rechte für Frau und Mann. Die SPS hat als erste Partei selber dieses Postulat zu realisieren versucht, heute gilt es, den Durchbruch zu schaffen.
Die Schliessung von Jugendzentren ist keine Lösung. Jugendpolitik muss davon ausgehen, dass junge Menschen neue und berechtigte Anliegen stellen, andere Lebensformen und es schwer haben, sich zurechtzufinden. Es sind «unsere» Kinder, es ist ihre Zukunft. Die Stabsübergabe soll in Richtung humane Gesellschaft und nicht in Richtung mehr Ordnungsstaat erfolgen. Wir müssen die Bürgerbewegung nicht auffangen, aber Ideen übernehmen, realisieren.

6.5. Sicherheit vor Bürokratie und privater Macht

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Finanzpolitik ist nicht das Mittel, den Bundesstaat auszuhungern, sondern er braucht Kredit, um die Wohlfahrt, nicht die Talfahrt, zu fördern.
Wo zuviel Bürokratie, Gesetze, Verordnungen, Schikanen, Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger grassieren, ist Widerstand nötig. Wir haben zuviel bürgerliche Bürokratie. Die SPS fordert seit langem einen Ombudsmann. Die bürgerliche Rechtsmehrheit lehnte ihn ebenso ab wie den Preisüberwacher. Die gesamte Gesetzessammlung ist zu durchforsten, Unnötiges ist auszuscheiden, Nötiges ist in verständlichen Volksausgaben zusammenzufassen, damit wir unsere Gesetze kennen und verstehen können. Amtschinesisch hindert viele daran, ihre Rechte wahrnehmen zu können.
Private Übermacht wurde am Beispiel Hypothekarzins schmerzlich sichtbar. Über 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind Mieter. Aber wenn das Banken-Zinskartell beschliesst, innerhalb von zwei Jahren viermal den Hypothekarzins um je 0,5 Prozent zu erhöhen, heisst das bei einer Gesamthypothekarverschuldung von 164 Milliarden, dass die einen 3,28 Milliarden mehr Mietzins bezahlen — Mieter, Ladeninhaber, Konsumenten, Bauern, z.T. Hauseigentümer — und die andern, die Banken, sie kassieren. Aber dazu hat die Politik nichts zu sagen, weil die bürgerliche Mehrheit die Ohnmacht der Politik dann will, wenn das den Grossen nützt. Dafür durfte der Nationalrat ein Importgesetz für Sauerkraut verabschieden. Zuviel private Macht bedeutet Entmachtung des Einzelnen. Deshalb kämpft die SPS für mehr Demokratie in der Wirtschaft und Gesellschaft, für Mitbestimmung und Selbstbestimmung, statt Fremdbestimmung.

Die übersetzte Militärbürokratie fordert immer höhere Militärausgaben. Mit der Initiative Rüstungsreferendum verschafft die SPS den Stimmberechtigten die Chance, dort zu sparen, wo gespart werden könnte. Wenn eine EMD-Kommission für die Beschaffung eines Funkgerätes nach 17 Jahren noch immer zu keinem Antrag gekommen ist und für dieses Sandkastenspiel 96 Millionen verpulvert, wäre es wohl gescheiter, hier zu sparen und nicht beim Wald oder Trinkwasser.

Die Landwirtschaft ist praktisch verstaatlicht. Allein für die Agrarforschung gibt die öffentliche Hand jährlich gegen 100 Millionen Franken aus, davon kaum etwas für alternative biologische Landwirtschaft. Wir wollen aber nicht immer noch mehr «Chemie im Kochtopf», noch mehr Tierfabriken und Hühnerbatterien, noch mehr Überdüngung und Gift. Auch die Landwirtschaftsbürokratie muss in ihre Schranken gewiesen werden.

7. Schlussbemerkungen

Die Bank Julius Bär & Co., Zürich, veröffentlichte folgende zynische Feststellung: «Es gibt keine vermögliche Schicht ohne arbeitende Bevölkerung».
Genau das wollen wir Sozialdemokraten ändern. Gehen wir verstärkt an die Arbeit. Und denken wir auch an das 17jährige Mädchen, das uns sagt: «Ich habe nicht meine Rente zu verlieren, sondern alles: meine Zukunft».

8. Vorgehen

Das Schwerpunkt-Papier wird in den Sektionen, Kantonalparteien, in der Fraktion sowie in der Konferenz der SP-Regierungsvertreter diskutiert. Der PV ist für gute Ideen empfänglich.

Friedenssicherung und Freiheitsanspruch sind Voraussetzungen für das physische und moralische Überleben der Menschheit. Wir stehen an der Seite der Schwachen, Unterdrückten und Ausgebeuteten in der Dritten Welt. Wir bekunden unsere Verbundenheit mit den freiheitlichen Kräften, wo immer sie unterdrückt werden — von Polen bis zur Türkei, von Afghanistan bis nach El Salvador.

Willy Brandt, 1982